

**Beschlussempfehlung und Bericht**  
**des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann,  
Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 20/11378 –**

**Aufschwung für Deutschland – Starke Wirtschaft und soziale Verantwortung**

**A. Problem**

Aufforderung an die Bundesregierung, durch geeignete wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen einer Deindustrialisierung und Rezession entgegenzuwirken. Ein Aufschwung für Deutschland sei notwendig, die Wirtschaft müsse gestärkt werden.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/11378 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2024

**Der Wirtschaftsausschuss**

**Michael Grosse-Brömer**  
Vorsitzender

**Bernd Westphal**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Bernd Westphal

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/11378** wurde in der 170. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Mai 2024 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD sieht die von der Bundesregierung angestrebte sozial-ökologische Transformation als gescheitert an, weil sie in die Rezession geführt habe. Problematisch seien die wegen Inflation und Abgabenerhöhung sinkende Kaufkraft, der Rückgang unternehmerischer Investitionen, die Abwanderung von Unternehmen und Fachkräften ins Ausland sowie die Einwanderung nach Deutschland von Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen seien. Zudem belasteten hohe Energiekosten sowie eine ausufernde Bürokratie und eine marode Infrastruktur Bürger und Unternehmen.

Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung deshalb auf, den finanziellen Spielraum für Entlastungen und Investitionen im Haushalt zu schaffen, um dadurch die Wirtschaft zu stärken. Dies solle durch massive Einsparungen bei der Transformation, der Migrationspolitik und den damit verbundenen Sozialleistungen erreicht werden. Weiter fordert die Fraktion, für eine kostengünstige Energieversorgung zu sorgen, indem der Rückbau der Kernkraftwerke gestoppt und die hohen staatlichen Abgaben auf Energie deutlich reduziert werden. Auch sollte die Steuer- und Abgabenlast spürbar gesenkt werden, indem der Solidaritätszuschlag, die Luftverkehrssteuer und die Grundsteuer komplett abgeschafft werden. Ein weitere Forderung der Fraktion bezieht sich auf die Modernisierung der Infrastruktur. Der riesige Investitionstau müsse zügig aufgelöst und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Gefordert wird zudem, Bürokratie konsequent abzubauen und ideologische Verbote aufzuheben, indem beispielsweise das Verbrennerverbot gekippt, das Gebäudeenergiegesetz rückgängig gemacht und das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz abgeschafft werde. Auf die weiteren Forderungen im Antrag der Fraktion wird verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/11378 in seiner 93. Sitzung am 5. Juni 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppen Die Linke und BSW dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/11378 in seiner 81. Sitzung am 5. Juni 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/11378 in seiner 80. Sitzung am 5. Juni 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 20/11378 in seiner 68. Sitzung am 5. Juni 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 20/11378 in seiner 111. Sitzung am 5. Juni 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/11378 in seiner 77. Sitzung am 5. Juni 2024 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/11378.

Berlin, den 5. Juni 2024

**Bernd Westphal**  
Berichtersteller